

Wenn Kinder die Zeche zahlen sollen

35 Jahre gelebte Inklusion stehen auf dem Spiel: In Saalburg-Ebersdorf bangen Eltern um die Zukunft des Kinderhauses „Gottesschutz“.

Peter Hagen

Saalburg-Ebersdorf. Die Mitglieder des Stadtrates von Saalburg-Ebersdorf werden aufgefordert, ihre Entscheidung zur Zukunft des Kinderhauses „Gottesschutz“ zu überdenken. Mit diesem Appell wenden sich der Elternbeirat und weitere Eltern an die Öffentlichkeit.

Ursprünglich sollte der Stadtrat in dieser Woche über eine Beschlussvorlage der Verwaltung entscheiden. Diese sah vor, den zum Ende des Schuljahres 2027/28 auslaufenden Betreibervertrag mit der Diakoniestiftung nicht zu verlängern. Die Entscheidung wurde kurzfristig vertagt. Zunächst soll eine öffentliche Podiumsdiskussion über die Zukunft der Kindergärten in der Stadt stattfinden.

Mit großer Bestürzung habe man erst durch die OTZ von den Plänen erfahren, erklärt Jörg Zschächner, stellvertretender Vorsitzender des Elternbeirats. „Sicherlich kämpft jede Gemeinde derzeit mit fallenden Kinderzahlen und ist um die Optimierung der Betreuung der Kinder in den Kindertagesstätten bemüht“, räumt er ein. Doch stelle sich die Frage, ob solche Verände-

rungen stets auf dem Rücken der schwächsten Glieder der Gesellschaft ausgetragen werden müssten.

Mit dem Kinderhaus „Gottesschutz“ drohe eine Einrichtung dem Rotstift zum Opfer zu fallen, „welche sich seit Jahrzehnten durch unermüdliche Arbeit an und mit Kindern mit Beeinträchtigungen auszeichnet“.

Das Haus verfüge über 35 Jahre Erfahrung in der inklusiven Arbeit. Die Mitarbeiter seien entsprechend geschult und gut vernetzt. Zudem betreibe die Diakoniestiftung zahlreiche Kindergärten in Thüringen und verfüge über eine eigene Fachberatung. Das trage zur Qualität der pädagogischen Arbeit bei. Seit zehn Jahren sei das Kinderhaus außerdem ein Thüringer Eltern-Kind-Zentrum, das niedrigschwellige Angebote für Familien aus der Umgebung bereithalte. Heilpädagogen, Erzieher, Heilerziehungspfleger und Diplom-Pädagogen bildeten ein multiprofessionelles Team, das auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder eingehen könne.

Die Stadtverwaltung hatte vor gerechnet, dass die Kinder aus den

Einrichtungen „Gottesschutz“ und „Bärenwiese“ kapazitätsmäßig problemlos in den verbleibenden Kindergärten „Wirbelwind“ und „Löwenzahn“ untergebracht werden könnten. Eltern bezweifeln jedoch, dass die Einrichtungen auch den besonderen Anforderungen der Inklusion gerecht werden. Insbesondere bei der Betreuung schwerstmehrfachbehinderter Kinder werde die Integration in eine andere, bislang nicht vertraute Umgebung an Grenzen stoßen, so die Sorge.

„Das Land Thüringen fordert für die Betreuung von Kindern mit Förderbedarf mindestens eine Ausbildung zum Heilerziehungspfleger, zum Heilpädagogen, ein Studium oder die Ausbildung zur Fachkraft für inklusive Pädagogik“, erklärt Zschächner. Im gesamten Umkreis von Saalburg-Ebersdorf gebe es keinen weiteren Kindergarten, der 15 Integrativplätze in seiner Betriebserlaubnis festgeschrieben habe.

Auch die baulichen Voraussetzungen sprächen aus Sicht der El-

tern für den Erhalt des Kinderhauses. Die Einrichtung sei nahezu barrierefrei. „Welcher Kindergarten der Stadt Saalburg-Ebersdorf oder in der näheren Umgebung verfügt über einen Fahrstuhl für Menschen mit Gehbehinderungen? In welchem Kindergarten können sich Menschen mit Rollator oder Rollstuhl frei bewegen, da kaum Schwellen vorhanden sind?“, fragt Zschächner mit Blick auf die Stadtratsmitglieder.

Der Fall Saalburg-Ebersdorf verweist zugleich auf ein Pro-

In diesem Jahr war das 35-jährige Bestehen des Kinderhauses „Gottesschutz“ gefeiert worden. Sandra Smailes / OTZ



Jörg Zschächner, stellvertretender Elternbeiratsvorsitzender im Kinderhaus „Gottesschutz“

Peter Hagen / Funke Medien Thüringen

blem, das in naher Zukunft weitere Kommunen im Saale-Orla-Kreis beschäftigen dürfte. Sinkende Kinderzahlen führen zu Überkapazitäten bei den Kindergartenplätzen. Nach aktuellen Angaben gibt es im Landkreis rund 3700 Plätze, von denen etwa 1000 unbelegt sind. Die Entwicklung wird sich weiter verschärfen: Für August des kommenden Jahres wird prognostiziert, dass nur noch ein Bedarf von etwa 2100 Kindergartenplätzen besteht.